

**Postulat** von Dr. Balz Hösly (FDP, Zürich) und Mitunterzeichnende

betreffend Bericht über eine verstärkte ökologische Orientierung der Finanzpolitik des Kantons Zürich

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht über eine verstärkte ökologische Orientierung der Finanzpolitik des Kantons Zürich vorzulegen, worin

- das diesbezüglich noch unausgeschöpfte Potential im Bereich der kantonalen Abgaben und Staatsbeiträge konkretisiert und analysiert wird sowie
- staatsquoten-neutrale Vorschläge für Massnahmen zur Realisierung dieses Potentials gemacht werden.

Dr. Balz Hösly

Prof. Kurt Schellenberg  
Max Keller  
Dorothee Fierz  
Dr. Lukas Briner  
Hanspeter Schneebeli  
Emil De-Boni  
Dr. Jürg Peyer  
Dr. Jean-Jacques Bertschi

Christian Boesch  
Dr. Jörg Rappold  
Theo Schaub  
Dr. Ulrich E. Gut  
Peter Niederhauser  
Rolf Sägesser  
Richard Stucki  
Rudolf Bolli

Begründung:

Der Regierungsrat hat am 24. Juni 1992 Bericht und Antrag zur Motion Nr. 1929 betreffend ökologische Finanzreform im Kanton Zürich vorgelegt. Für eine umfassende ökologische Finanzreform bleibt laut Bericht des Regierungsrates insbesondere unter Hinweis auf Widersprüche zum Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) kein Raum. Im Bereich der kantonalen Abgaben und Staatsbeiträge sieht der Regierungsrat jedoch "ein beträchtliches Potential" für eine ökologisch orientierte Finanzpolitik, bzw. "ein auszuschöpfendes Potential" zur Durchsetzung der Verursacher- bzw. Nutzniesserfinanzierung.

Mit diesem Postulat wird der Regierungsrat eingeladen, dieses offenbar vorhandene Potential zu konkretisieren. Der Regierungsrat erhält zudem Gelegenheit, sich in einem detaillierten Bericht über die Realisierbarkeit dieses Potentials auszusprechen. Dabei können die marktwirtschaftlichen Instrumente für die Umweltpolitik konsequent genutzt werden.

Ein besonderes Anliegen des Postulates ist zu vermeiden, dass eine verstärkte ökologische Orientierung der kantonalen Finanzpolitik zum Anlass für eine Ankurbelung der Staatstätigkeit genommen wird. Allfällige Vorschläge des Regierungsrates im Hinblick auf konkrete Massnahmen, welche dieser Umorientierung dienen, sollen deshalb nicht zu einer Erhöhung der Staatsquote führen.